BASEL LANDSCHAFT

Parlamentarischer Vorstoss 2025/422

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	**Überlastung Frauenhaus beider Basel**
Urheber/in:	Juliana Weber Killer
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	25. September 2025
Dringlichkeit:	—

Die beiden wichtigsten Anlaufstellen in der Region Basel für Frauen, die bedroht, geschlagen oder zu sexuellen Handlungen gezwungen wurden, sind überlastet: Das Frauenhaus beider Basel und das Frauenhaus Wohnen für Frauen und Kinder (WFK) mit ihren insgesamt 33 Schutzplätzen müssen immer wieder Personen abweisen. Diese Zahl hat in den vergangenen Jahren markant zugenommen.

So konnten die beiden Häuser im Jahr 2024 insgesamt 330 Frauen und Kinder nicht aufnehmen. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr und ebenfalls markant mehr als 2022, als die beiden Institutionen 200 Personen abweisen mussten. Rund ein Fünftel der Betroffenen wurden im vergangenen Jahr an andere Institutionen weitervermittelt.

Parallel dazu hat die Auslastung in den beiden Häusern zugenommen. Sie lag im vergangenen Jahr im Frauenhaus beider Basel bei 96,2 Prozent und im WFK bei 90,2 Prozent. Mit anderen Worten: Im Frauenhaus ist im Schnitt nicht mal einer der 17 Plätze frei, im WFK knapp zwei.

Baselland hat seinen Beitrag ans Frauenhaus um 200'000 Franken erhöht und zahlt nun für die vier Jahre insgesamt 3,57 Millionen Franken.

1. Wie beurteilt die Regierung die Tatsache, dass im Jahr 2024 mehr als 330 Frauen und Kinder in akuten Krisensituationen nicht aufgenommen werden konnten?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht die Regierung daraus, dass die Zahl der Abweisungen innert zwei Jahren von 200 auf 330 gestiegen ist?
3. Plant die Regierung kurzfristige Massnahmen, um zusätzliche Schutzplätze zu schaffen, damit die Aufnahmequote verbessert werden kann?
4. Gibt es Überlegungen, regionale Übergangslösungen wie temporäre Notunterkünfte oder dezentrale Schutzwohnungen einzurichten?
5. Ist die Regierung bereit, die Finanzierung über den bisherigen Beitrag hinaus an den tatsächlichen Bedarf anzupassen?
6. Wie stellt die Regierung sicher, dass auch langfristig eine stabile Finanzierung für die Frauenhäuser gewährleistet bleibt, ohne dass es jährlich zu Engpässen kommt?